

SchUG-Novelle passiert Plenum des Jugendparlaments

Anträge zu kleineren Klassen und Leistungsbeurteilung angenommen

Wien (PK) - Das Plenum des Jugendparlaments, das von Nationalratspräsidentin Barbara Prammer geleitet wurde, nahm heute mit deutlicher Mehrheit eine Novelle zum Schulunterrichtsgesetz an, in der erstmals ein Rahmen zur Unterrichtsgestaltung festgelegt wird (siehe auch PK Meldungen zu den beiden Ausschusssitzungen). Kernpunkte der Neuregelung sind die Berücksichtigung der Entwicklung und unterschiedlichen Wissensstände der Schülerinnen und Schüler, aber auch der sozialen und familiären Umstände, sofern die einzelnen Schülerinnen und Schüler dies wünschen. Damit soll dem Schutz der Privatsphäre Rechnung getragen werden. Weiters wird die Verpflichtung normiert, in Absprache mit den Schülerinnen und Schülern unterschiedliche, abwechslungsreiche und aktuelle Lehrmaterialien sowie geeignete Lehr- und Lernmethoden im Unterricht einzusetzen. Die Schülerinnen und Schüler sollen auch das Recht haben, Anregungen für den Unterricht zu geben.

Zur Leistungsbeurteilung heißt es im beschlossenen Gesetz, diese soll fair und transparent sein. Sie sollte jedoch weiter durch Noten erfolgen, ergänzt durch eine Beschreibung der Leistung. Schließlich sollen die Schülerinnen und Schüler regelmäßig zur Qualität des Unterrichts befragt werden.

Dazu brachten die einzelnen Klubs Entschließungsanträge ein, die auf eine Senkung der Klassenschülerhöchstzahlen, ein persönliches Gespräch zwischen LehrerInnen und SchülerInnen begleitend zur Leistungsbeurteilung abzielen und das Service "Rat auf Draht" unterstützen.

Berichterstatteerin für das Plenum war Abgeordnete Bibiana TOSIC.

Die Debatte

Abgeordneter Lukas KÖMÜRCÜ (V) sprach sich dezidiert gegen die ursprüngliche Intention des Gesetzesentwurfs aus, Lehrerinnen und Lehrern Einblick in die Privatsphäre von Schülerinnen und Schülern geben zu müssen. Das muss unbedingt vermieden werden, sagte er. Kömürçü trat aber für eine regelmäßige Kontrolle der Lehrerinnen und Lehrer ein. Die angemeldeten Kontrollen durch die Schulinspektion seien jedoch sinnlos. Er appellierte an alle Abgeordneten, den Abänderungsantrag, den die Violetten gemeinsam mit den Weißen und den Türkisen eingebracht haben, zu unterstützen.

Abgeordnete Alexandra GOLDYNIA (W) stellte grundsätzlich fest, die Bildung sei reformbedürftig. Ein besseres Bildungssystem nütze letztendlich auch der Wirtschaft, und die Jugend sei die Zukunft des

Landes. Sie unterstützte daher die Novelle zum Schulunterrichtsgesetz und hob die Notwendigkeit des Schutzes der Privatsphäre hervor. Ein wesentliches Element für den Schulerfolg stelle die individuelle Förderung dar, so Goldynia, wofür aber im derzeitigen Schulalltag keine Zeit bleibe. Sie forderte daher vehement kleinere Klassen. Sie hielt es auch für richtig, wenn Schülerinnen und Schüler Anregungen zur Unterrichtsgestaltung geben und die Lehrerinnen und Lehrer ein Feedback von ihren Schülerinnen und Schülern erhalten. Das Notensystem, erweitert durch eine verbale Beurteilung, bringt ihrer Meinung nach einen besseren Überblick über die Leistung und wird der Individualität jeder Einzelnen und jedes Einzelnen besser gerecht.

Abgeordneter Philip SCHMIDT (G) zeigte sich über das Ergebnis der Ausschussberatungen enttäuscht. Die beschlossenen Anträge stellen laut Schmidt keine großen Veränderungen gegenüber der Regierungsvorlage dar. Die Ablehnung des Antrags der gelben Fraktion hielt Schmidt daher für die falsche Entscheidung. Wie sollen Lehrerinnen und Lehrer mit 30 Schülerinnen und Schüler in einer Klasse eine individuelle Förderung erzielen können, fragte er. Wichtig sei es, Vertrauen zwischen Schülerinnen und Schülern einerseits und Lehrerinnen und Lehrer andererseits herzustellen. Die Jugendlichen müssten die Gewissheit haben, dass sie mit ihren Anliegen zu den Lehrerinnen und Lehrern kommen können. Diese dürften jedoch nicht zu viel über deren private Hintergründe wissen, denn in solchen Fällen könnte etwa das Mitgefühl die Noten beeinflussen, und das dürfe nicht sein.

Abgeordneter Victor FORTIN (T) thematisierte die Bewertung sowohl der Lehrerinnen und Lehrer als auch jene der Schülerinnen und Schüler. Die beste Möglichkeit, die Qualität des Unterrichts zu steigern, sei ein Feedback durch die Schülerinnen und Schüler. Bei der Leistungsbeurteilung der Jugendlichen ist seiner Auffassung nach ein schriftliches Feedback unumgänglich. Zusätzlich sollte es aber auch ein persönliches Gespräch geben, in dem die Möglichkeiten zur Leistungsverbesserung erörtert werden.

Abgeordneter Ramin KHORCHIDI (V) hielt aus seiner Sicht fest, dass die Lehrerinnen und Lehrer die Grundstruktur des Unterrichts festlegen müssen, und die Schülerinnen und Schüler nur Anregungen geben sollten. Er begründet dies mit dem Hinweis darauf, dass zu große Abweichungen in den Lehrplänen Schwierigkeiten bei der Matura bringen könnten.

Abgeordnete Patricia ULM (W) verlangte in Erinnerung an den vorliegenden Entschließungsantrag die Senkung der Klassenschülerhöchstzahl auf maximal 20 in jeder Schulform. Nur dann könnten sich die Lehrerinnen und Lehrer um die einzelnen Schülerinnen und Schüler kümmern.

Abgeordneter Maximilian MOHR (G) hielt diese Zahl für zu hoch gegriffen und nannte eine Studie, laut der die ideale Schülerzahl pro Klasse bei 14 bis 17 liegt. Damit wären auch keine Leistungsgruppen mehr nötig, sagte er. Die Beurteilung dürfe sich nicht mit einer kalten Leistungskontrolle begnügen, sondern es müsse zu einer fairen Beurteilung kommen, bei der durch persönliche Gespräche die Lehrer-Schüler-Beziehung unterstützt wird.

Abgeordnete Anna GELOSKY (T) unterstrich angesichts der zahlreichen Fälle von Kindesmissbrauch die Bedeutung der Servicestelle "Rat auf Draht".

Abgeordnetem Bernhard HABL (V) lag besonders die Gestaltung des Unterrichts am Herzen, und diese sei ihm, wie er bemerkte, derzeit ein Dorn im Auge. Die Lehrerinnen und Lehrer hätten die Pflicht, geeignete und unterschiedliche Lehrmethoden anzuwenden. Lehrausgänge seien beispielsweise sinnvoll, weil sie das Gehörte vertiefen können. Der Schulerfolg hänge auch mit dem Lernklima zusammen.

Abgeordnete Paulina PIASECKI (W) monierte, Schülerinnen und Schüler wollten fair und sachlich benotet werden. Sie plädierte für die Beibehaltung des klassischen Benotungssystems sowie für ein zusätzliches schriftliches Feedback im Zeugnis. Das würde die Schülerinnen und Schüler motivieren, merkte sie an.

Abgeordneter Marton VERESS (G) bedauerte, ebenso wie sein Klubkollege vorher, die Ablehnung der Vorschläge seiner Fraktion. Für ihn wäre ein gemeinsames Feedback der Schülerinnen und Schüler an die Lehrerinnen und Lehrer die beste Basis für einen qualitätvollen Unterricht. Dieses Feedback sollte dann an die Direktorinnen und Direktoren gehen. Aufgrund eines schlechten Feedbacks dürften die Lehrerinnen und Lehrer jedoch nicht suspendiert werden, schränkte er aber ein.

Abgeordnete Milica ATANACKOVIC (T) wies auf die Notwendigkeit der ständigen Übung und Wiederholung hin. Derzeit sei dafür viel zu wenig Zeit, bedauerte sie. Sie sprach sich auch für eine aktive Beteiligung der Schülerinnen und Schüler an der Unterrichtsgestaltung aus und trat für einen offenen Unterricht statt lehrerzentrierten Unterricht ein. Zur Qualitätssicherung sei es unumgänglich, die Unterrichtsführung auch zu überprüfen.

Abgeordnete Carina TINTI (V) vertrat die Auffassung, eine zusätzliche verbale Beurteilung zu den Noten zeige besser die Stärken und Schwächen der Schülerinnen und Schüler auf.

Abgeordneter Sherwin AHMADI (W) stellte fest, der Schutz der Privatsphäre sei ein Menschenrecht, weshalb jede Schülerin und jeder

Schüler darüber zu entscheiden habe, wie viel die Lehrerinnen und Lehrer über ihr Privatleben erfahren dürfen. Andernfalls könnte zu viel Druck auf die Schülerinnen und Schüler ausgeübt werden, befürchtete er.

Abgeordneter Felix HOFER (G) thematisierte die Senkung der Klassenschülerhöchstzahlen und bemerkte, kleinere Klassen würden das Lernniveau steigern, da die Lehrerinnen und Lehrer viel besser auf die Schülerinnen und Schüler eingehen könnten. Das Kostenargument dürfe hier nicht gelten, denn "bei Bildung spart man nicht", so Hofer.

Abgeordneter Amos FROESE (T) brach eine Lanze für Exkursionen. Sie trügen zu einer besseren Bildung bei. Exkursionen können laut Froese aber auch das Klassenklima positiv beeinflussen und die gegenseitige Toleranz fördern.

Abgeordnete Katharina SCHEUBA (V) kam auf den Schutz der Privatsphäre zurück. Die sozialen Hintergründe dürften nur auf Wunsch berücksichtigt werden, hielt sie fest, und dieses Wissen dürfe keinen Einfluss auf die Notengebung haben. Kinder hätten das Recht, ihren Talenten gemäß gefördert zu werden und eine einheitliche Qualität der Ausbildung zu erhalten.

Abgeordnete Emina PLAVOTIC (W) meinte, jede Schülerin und jeder Schüler müsse das Recht haben, sich entweder die Schulpsychologin, bzw. den Schulpsychologen oder eine Lehrerin, bzw. einen Lehrer auszusuchen, an die oder den sie sich wenden können.

Abgeordneter Mohammed EL HAMZAWY (T) fasste nochmals die wichtigsten Punkte der im Ausschuss angenommenen Änderungen zusammen. Er hob insbesondere das offene Lernen, eine einheitliche Leistungskontrolle und eine faire und transparente Notenbeurteilung, ergänzt durch eine Beschreibung, hervor. Wichtig schien ihm auch die Möglichkeit für Schülerinnen und Schüler zu sein, Anregungen für die Unterrichtsgestaltung geben zu können.

Abgeordnete Anna LEININGEN (V) unterstrich die Notwendigkeit der Lehrerbeurteilung im Interesse der Qualitätssicherung. Sie ging dabei auf die diesbezüglich unterschiedlichen Vorschläge ein und nahm dazu aus ihrer Sicht Stellung. So komme eine eigene Kommission zu teuer, meinte sie, für schlechte Schülerinnen und Schüler sei es wiederum schwierig, ein Feedback zu geben. Besser sei ein schriftliches anonymes Feedback. Eine offizielle Prüfung lehnte sie ab und unterstützte daher explizit die nun gefundene Lösung.

Abschließend meldete sich nochmals Abgeordneter Lukas KÖMÜRÜ (V) zu Wort, um an die anwesenden Abgeordneten aller Fraktionen den Appell zu richten, den mit den Stimmen von Violett, Weiß und Türkis im

Ausschuss abgeänderten Vorschlag zur Novellierung des Schulunterrichtsgesetzes zu unterstützen.

Die Abstimmung

Bei der Abstimmung wurde die Regierungsvorlage zur Änderung des Schulunterrichtsgesetzes unter Berücksichtigung des im Ausschuss angenommenen Abänderungsantrags mit den Stimmen des violetten, weißen und türkisen Klubs mehrheitlich angenommen.

Der Entschließungsantrag des türkisen Klubs, in dem neben der Leistungsbeurteilung durch Ziffernnoten und einer verbalen Beurteilung auch ein persönliches Gespräch mit den betreffenden Schülerinnen und Schülern gefordert wird, passierte das Plenum mehrheitlich mit den Stimmen der Violetten, Weißen und Türkisen.

Ein weiterer Entschließungsantrag des türkisen Klubs, mit dem Ziel einer spontanen Beurteilung der Lehrerinnen und Lehrer durch unbekannte Beobachterinnen und Beobachter, wurde jedoch von den anderen Fraktionen abgelehnt.

Der Entschließungsantrag des weißen Klubs zur Senkung der Klassenschülerhöchstzahl auf 20 wurde einstimmig angenommen.

Hingegen erhielt der Entschließungsantrag des gelben Klubs, der eine Senkung der Klassenschülerhöchstzahl auf maximal 13 bis 17 Schülerinnen und Schüler pro Klasse vorsieht, nicht die Unterstützung der anderen Klubs und somit auch nicht die erforderliche Mehrheit.

Der Entschließungsantrag, in dem die Abgeordneten des türkisen Klubs verlangen, das Service "Rat auf Draht" nicht still zu legen, sondern als kostenlose Hilfe für Schülerinnen und Schüler bestehen zu lassen, wurde mit den Stimmen der Türkisen, der Violetten und teilweise der Weißen mehrheitlich angenommen. (Schluss)